

Mesraer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Hedra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Köthen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köthen.
Geschäftsstelle in Hedra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köthen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 36 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkasse Hedra — Bankvereine Artzen.

N^o 85

Sonnabend, den 19. Juli 1930

43. Jahrgang

Deckungsvorlagen gescheitert

Berlin, 17. Juli.
Das Haus fällt zunächst die Entscheidung über den Einspruch des Reichsrats gegen das vom Reichstag beschlossene Anleihegesetz für die Zurückweisung des Einspruchs werden 286 Stimmen abgegeben.
Der Präsident stellt dann fest, daß die notwendige Zweidrittelmehrheit für die Zurückweisung des Einspruchs 301 Stimmen sein würde. Dem Einspruch des Reichsrats ist also stattgegeben.

(Platzrede rechts).
Anträge der Sozialdemokraten und Demokraten auf Ausfertigung der Genfer Handelskonvention werden der Ausschussberatung überwiesen. Ebenso der von mehreren Parteien beantragte Gegenentwurf über die Verwendung von Zinlsabzügen zur Verbilligung von Holz und Bier.
Das Bauförderungsgesetz für 1930

wird in zweiter und dritter Beratung angenommen, dazu Entschädigungen, monoch für den Straßenbau in erster Linie bewilligt. Das Bauförderungsgesetz für 1930 wird in zweiter und dritter Beratung angenommen, dazu Entschädigungen, monoch für den Straßenbau in erster Linie bewilligt. Das Bauförderungsgesetz für 1930 wird in zweiter und dritter Beratung angenommen, dazu Entschädigungen, monoch für den Straßenbau in erster Linie bewilligt.

Abgeordneter Ziegler (Komm.)
erklärt, mit ihrer gestrigen Abstimmung hätten die Sozialdemokraten befürchtet, daß sie grundsätzlich für die Deduktion des Zehntens über Reichs- und Landessteuer eintreten. Der Redner fordert eine Millionärsteuer und eine 10prozente Sondersteuer für alle Vermögen über 500 000 Mark.

Herr Dr. Reichardt (Soz.)
Ganz unannehmbar ist für uns die Bürgersteuer, die man besser Kopf- oder Negergsteuer nennen sollte. Weist sie im Gesetz, lehnen wir die ganze Vorlage ab, die für uns aber auch deshalb unannehmbar ist, weil sie eine Verfestigung der Sozialpolitik bringt. Wir sind uns der Folgen unserer Abstimmung bewußt. Die nach rechts hin zunehmenden Verluste zur Erreichung der Widerheitsregierung scheinen der Vorlage mitzuarbeiten, nicht um der Regierung willen oder unterlegen, sondern um des Staates willen. Soweit die Beratungen überhaupt begonnen haben, sind sie gescheitert. Unsere Ablehnung der Deckungsvorlagen sieht damit fest. Der Reichstag beschließt die Anwendung des Artikels 48. Wir halten das für verfassungswidrig, denn dieser Artikel soll dem Staat und nicht einer Regierung helfen. Dem Antrag der Wirtschaftspartei auf Verbilligung des Reichstags werden wir nicht zustimmen, weil ja kein Ziel ist, daß nach der Auflösung der Artikel 48 angewandt werden soll. Wir wollen den Reichstag präsent haben, damit wir sofort die Aufhebung der Notverordnung beantragen können.

Herr Effer (Zit.)
Die Verhandlungen sind dadurch zum Scheitern verurteilt gewesen, daß die Sozialdemokraten den dritten Satz ihres Schreibens in eine ultimative Form gefaßt haben, die eine Verständigung unmöglich macht.

Herr Dr. Breilfeld (Soz.)
ermindert, der dritte Satz habe lediglich die Ablehnung der Bürgersteuer ausgesprochen. Diese Steuer sei aber in der Regierungsvorlage gar nicht enthalten gewesen, und der Reichsfinanzminister habe die schwersten Bedenken dagegen geäußert. Wer ernstlich die Verständigung wollte, hätte an der Ablehnung dieser Steuer die Verhandlungen nicht scheitern lassen.

Herr C. v. d. (Komm.)
wünscht den Sozialdemokraten eine erhaltende Haltung vor. Die Massen würden darauf die richtige Antwort erteilen.
Damit schließt die Aussprache. Es folgt die namentliche Abstimmung über den Artikel 2 des Reichsbilligkeitsgesetzes.

Der Artikel wird mit 256 Stimmen der Deutschnationalen, Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und der beiden Mitglieder der Volkspartei gegen 204 Stimmen abgelehnt.

Reichsminister Dr. Brüning, von den Kommunisten mit förmlichen Ruf „Abtreten!“ und „Nieder mit der Junkerregierung!“ begrüßt, gibt darauf namens der Reichsregierung die Erklärung ab, daß die Regierung auf die Fortführung der Behandlung der Vorlagen keinen Wert lege.

Das Haus nimmt darauf nur noch die Bestimmungen über den Antrag der Wirtschaftspartei auf Reichstagsauflösung und den kommunikativen Mistratensantrag vor.
Der Antrag der Wirtschaftspartei wird gegen die Stimmen der Antragsteller und der Nationalsozialisten abgelehnt.

Die Tatsache, daß auch die Kommunisten sich nicht dafür erklären, ruff bei der Mehrheit große Heftigkeit hervor. Bei der Abstimmung über den kommunikativen Mistratensantrag enthalten sich die Sozialdemokraten der Stimme, während die Deutschnationalen mit den Regierungsparteien gegen den Antrag stimmen.

Der Mistratensantrag wird mit 244 gegen 59 Stimmen bei 151 Enthaltungen abgelehnt.
Präsident Löbe läßt dann eine halbstündige Pause in der Plenarsitzung eintreten.

Berlin, 18. Juli.
Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.
Auf den Vorschlag der Abgeordneten ist das Reichsgesetzblatt mit den Notverordnungen des Reichspräsidenten über-

gelegt. Präsident Löbe verteilte die inzwischen eingegangenen Anträge der Sozialdemokraten, die Notverordnungen aufzuheben und der Reichsregierung das Mistratensantrag auszusprechen. Er werde bei der Bestimmung der nächsten Tagesordnung auf die Anträge zurückkommen.
Das Haus legt dann die zweite Beratung des Offhilfegesetzes

Nach längerer Aussprache, die keine neuen Momente in die Debatte brachte, wurden das Offhilfegesetz und das Gesetz über die Ablösungssatz im wesentlichen in der Ausschussfassung in zweiter Beratung angenommen. Beschlossen wurde u. a., daß in den Vollstreckungssatz auch Betriebe von Handwerk, Handel und Gewerbe einbezogen werden sollen. Arbeiten auf Grund des Offhilfegesetzes sollen nur Firmen, die ihren Hauptsitz im Osten haben, übertragen werden.

Auch die zahlreichen Ausnahmefällebestimmungen wurden angenommen. U. a. ist daran gefordert, daß die Maßnahmen der Offhilfe auf die ganze Provinz Niederschlesien, auf die Provinz Ostpreußen und mindestens auf Pommern bis an die Oder ausgedehnt werden sollen. Die weiteren Anträge einiger Parteien, die Offhilfe auch auf die nördlichen Teile der bayerischen Ostpreußen und der deutsch-schlesischen Grenze sowie auf ganz Pommern auszuweiten, wurden abgelehnt.

Beratung des Milchgesetzes.
Der Gegenentwurf wird nach Ablehnung des sozialdemokratischen Änderungsantrages mit unentschiedenem Ausgange in zweiter und dritter Beratung sowie in der Schlussabstimmung mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt dann die zweite Beratung der Kriegsbeteiligungsloose.

Die wesentliche Neuerung ist, daß künftig die Neuannahme von Wehr abgesehen von wenigen Ausnahmen, ausgeschlossen sein soll. Der Ausschuss gibt in einer Entschiedenheit der bestimmter Erwartung Ausdruck, daß nach dem jetzt beschlossenen Änderungen ein Abbau der Kriegsbeteiligungs-Vergütung auch bei der für den Herbst angelegten Finanzreform nicht mehr in Frage kommt.

In der Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag auf Weitergewährung der Elternbeihilfe mit 246 gegen 190 Stimmen abgelehnt.

Die Noelle wird in der Ausschussfassung unter Ablehnung aller Änderungsanträge in zweiter Beratung angenommen, ebenso die Ausnahmefällebestimmung.
Das Haus verlegt sich 7 Uhr: Handelsverträge.

Die Notverordnung.

Artikel 48 regiert!

Berlin, 18. Juli.
Nachdem der Reichstag den Artikel 2 der Deckungsvorlagen abgelehnt und Reichsminister Brüning anschließend auf die weitere parlamentarische Behandlung der gesamten Vorlagen verzichtet hatte, hat das Reichskabinett abendlich beschlossen, die Deckungsvorlagen im Wege der Notverordnung auf Grund des Artikels 48 in Kraft zu setzen. Auf Grund des Notverordnungsrechts wurden die Reichshilfe, die Zuschläge zur Einkommensteuer, die Zehntenszulage, die Bürgerabgabe und im Wege einer besonderen Verordnung die Schanzenscheitelfürer in Kraft gesetzt.

Erklärung der Reichsregierung.

Amlich wird mitgeteilt:
Der Reichstag hat am 15. Juli den Artikel 1 der Regierungsvorlage zur Deduktion des Staatshaushalts angenommen und damit festgelegt, daß zum Ausgleich der Aufwendungen im ordentlichen Staatshaushalt, die sich infolge der schließlichen Wirtschaftslage ergeben, für die Zeit bis zum 31. März 1931 von den Einnahmen der Personen des öffentlichen Dienstes und der Ledigen ein Betrag und von den einkommensteuerpflichtigen Personen einmalige außerordentliche Zuschläge zur Einkommensteuer zu erheben sind. Bei der darauf erfolgten Abstimmung über Artikel 2 hat sich eine Mehrheit für die Einzelgesetzgebung dieser Vorschriften nicht gefunden. Den für die Vorlage der Reichsregierung über den Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes abgegebenen 204 Stimmen der hinter der Regierung stehenden Parteien standen 256 Stimmen der Sozialdemokraten, Deutschnationalen, Kommunisten und Nationalsozialisten entgegen. Die Einzelheiten der Durchführung der Reichshilfe haben demnach die parlamentarische Mehrheit nicht erreicht. Die Regierung hat darauf auf die Weiterberatung der zur Deduktion des Staatshaushalts bestimmten Vorlage verzichtet. Ein gegen sie eingebrachter Mistratensantrag ist mit einer Mehrheit von 240 gegen 59 Stimmen abgelehnt worden.

Die Deduktion des Staatshaushalts ist ein unbedingtes Erfordernis für die Aufrechterhaltung geordneter Staatshaushalts und für die Kreditwürdigkeit des Reiches und der Wirtschaft. Sie ist auch unbedingte Voraussetzung für die weitere Durchführung der Fürsorge für die Arbeitslosen und eine unabweisbare Notwendigkeit in einer Zeit, in der die wirtschaftliche Lage der Welt in fast allen Ländern schwere Gefahren für die Staatsfinanzen bietet. Daher hat der Herr Reichspräsident die Voraussetzungen für die Anwendung

des Artikels 48 der Reichsverfassung für gegeben erachtet und auf Antrag der Reichsregierung die zur Deduktion des Staatshaushalts erforderlichen Maßnahmen getroffen. Damit ist ein fester Ausgangspunkt für die weitere staatliche Tätigkeit und für die Erledigung der dringend erforderlichen parlamentarischen Arbeiten, insbesondere für die Verabschiedung des Reichshaushalts und für die Durchführung des Offhilfegesetzes, geschaffen.

Der Herr Reichspräsident hat gemäß der Reichsverfassung von dem auf Grund des Artikels 48 getroffenen Maßnahmen dem Reichstag unverzüglich Kenntnis gegeben. Diese Maßnahmen bestehen in zwei Verordnungen, von denen die eine die Deckungsvorlagen der Reichsregierung nebst Bürgerabgabe und die zweite die Gemeindegrenzfürer abmildert.

Sanierung der Gemeinden.

Die finanzielle Sanierung der Gemeinden ist ebenfalls eine unabweisbare Notwendigkeit, um die Auszahlung der Unterlieferungen für die wachsende Zahl der Wohlfahrts-erundempfangler sicherzustellen. Aus gerade aus diesem Grunde hat der Herr Reichspräsident die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung für geboten erachtet.

Nachdem nun die Notverordnungen erlassen sind, wird die Frage nach dem weiteren Schicksal dieser Verordnungen auf. Die Sozialdemokraten haben ihren Mistratensantrag eingebracht. Es ist aber nicht mehr anzunehmen, daß die Deutschnationalen für diesen Antrag stimmen. Wir erleben die merkwürdige Tatsache, daß die Deutschnationalen Volkspartei losgelassen über Nacht Regierungspartei geworden ist. Der zweiten Beratung liegen die Dinge anders. Hier hat man annehmend vom Regierungsteil damit gerechnet, daß die Sozialdemokraten erklären, daß sie aus grundsätzlichen Erwägungen auch die Aufhebung dieser Verordnung beantragen würden. Es ist anzunehmen, daß sich die Wirtschaftspartei hier der Opposition anschließt, und das Schicksal dieser Verordnung ist daher sehr ungewiß. Was wird die Regierung dann tun, wenn diese zweite Verordnung aufgehoben wird? Wird sie auch dann den Reichstag auflösen? Sieht sie keine Konsequenzen, so hat sie den Reichspräsidenten in eine Lage gebracht, die man als glück nicht nicht bezeichnen darf, denn schließlich geht es ja auch nicht an, daß der Reichspräsident heute die Verordnung erläßt, bei der immerhin das Risiko besteht, daß sie morgen wieder aufgehoben wird.

Ueber die gelangpolitische Situation wird noch einiges zu sagen sein. Für heute darf es jedenfalls festgestellt werden, daß die Haltung der Oppositionsparteien nun noch keineswegs irgendwie glorreich ist. Den Deutschnationalen ist das Gesetz des Handels aufgegeben worden. Sie haben nicht mit den Kommunisten gegen die Regierung gestimmt. Sie werden den Aufhebungsantrag der Sozialdemokraten nicht zustimmen, ja, man glaubt mit einiger Sicherheit sagen zu können, daß sich dem Mistratensantrag der Sozialdemokraten ihre Zustimmung verweigern werden. Sie sind die Reiter des Kabinetts Brünning, mit dessen Chef sie schon durch einen Brief vom 17. Juni in Verhandlungen zu treten wünschten. Aber auch die Sozialdemokraten waren schlecht beraten, als sie den unglückseligen Brief schrieben, der nach allem anderen, nur nicht nach Verständigung aussah. Man legt bei jeder solchen Situation an die Spitze von Verhandlungen kein Ultimatum. Wenn man es milde ausdrückt, so ist es das, daß die Sozialdemokraten durch ihre schriftlichen Formulierungen denjenigen, die nicht mit ihnen verhandeln wollten, die Möglichkeit gegeben haben, einen Grund zur Ablehnung in den sozialdemokratischen Bedingungen zu sehen. Wenn man eine parlamentarische Erledigung von Steuerangelegenheiten will, so muß man sie ganz und rücksichtslos wollen. Was wir bisher aber erlebt haben, das erweckt den Eindruck, als ob den Sozialdemokraten die Anwendung des Artikels 48 gar nicht so unlegen kommt, denn sie verziehen an der Anwendung dieses Artikels für sich parteipolitisches Kapital zu schlagen.

Mistratensantrag der SPD.

Aufhebung der Notverordnungen beantragt.

Berlin, 18. Juli.
Die sozialdemokratische Reichsgruppe hat folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag solle beschließen: Der Reichstag verlangt gemäß Artikel 48, Absatz 3 der Reichsverfassung, die Verordnung des Reichspräsidenten vom 16. Juli 1930 über die Deduktionsmaßnahmen für den Reichshaushalt 1930 und die Verordnung des Reichspräsidenten vom 16. Juli 1930 über die Zulassung einer Gemeindegrenzfürer auflöst kraft zu legen.

Außerdem hat die sozialdemokratische Fraktion ein Mistratensantrag gegen das Reichskabinett eingebracht.

In der sozialdemokratischen Reichsgruppe plant man, alsbald nach der zu erwartenden Aufhebung der Notverordnung über die Gemeindegrenzfürer einen Mistratensantrag der Partei einzubringen, der im wesentlichen die gleiche Gemeindegrenzfürer vorschlägt. Von sozialdemokratischer Seite wird erklärt, daß lediglich aus grundsätzlichen und verfassungsrechtlichen Erwägungen die Auf-

hung der Notverordnung verlangt werde, daß man dagegen deren sachlichen Inhalt im wesentlichen billige und ihm durch die Einbringung des erwähnten Antifalschgesetzes ein parlamentarische Annahme verhehlen wolle. Weiter verläutert, daß die Demokraten bereits erklärt haben, sie würden einem derartigen Antifalschgesetz ihre Zustimmung geben.

Zuspitzung der Krise

Die Verhandlungen mit den Deutschen national gehehret
Berlin, 18. Juli.

Die Verhandlungen der Deutschen nationalen Volkspartei mit dem Reichsanwalt Brünning sind als gescheitert zu betrachten. Die Forderungen der Deutschen nationalen bezogen sich zum Teil auf Breiten. Es ist aber bekannt, daß der Reichsanwalt schon immer festliche Beurlaubung der preussischen Justizverwaltung von vornherein abgelehnt hat. Wenn der Reichsanwalt zu der Befragung, deren zweiter Teil nur von kurzer Dauer war, den demokratischen Reichsanwaltsminister Dietrich hinzugezogen hat, so geschah das, um jeder späteren Mißdeutung von vornherein vorzubeugen.

Die Entscheidung über Fortbestand oder Auflösung des Reichstags wird heute vormittag bereits gegen 10.30 Uhr erwartet. Wenn es gelingen sollte, über die Mißtrauensanträge der Sozialdemokratischen Partei zuerst abzustimmen, so lassen, dann wird man bereits über die Forderung der Deutschen nationalen unterrichtet sein. Natürlich ist das vor allen entscheidenden Bestimmungen beliebige Zuspätkommen im Gange; so hört man, daß etwa 28 Deutschnationale Abgeordnete, die die bürgerliche Opposition vertreten, anders als ihre Partei stimmen werden. Es bleibt aber doch bei der Befragung des Hauses und auf jede Stimme ankommen wird.

Abschließung des Reichstags

Berlin, 18. Juli.

Im seiner gestrigen Abendung nahm der Reichstag in zweiter und dritter Beratung eine große Zahl von Handels- und anderen wirtschaftlichen Gesetzen an. Dem wurde ein Antrag des Vertrauensausschusses angenommen, der die Reichsregierung ersucht, auf die Befestigung der letzten Bestimmungen der deutschen Wirtschaftspolitik hinzuwirken. Der Gegenstand über die Verwendung von Anleihegeld zur Arbeitsbeschaffung wurde dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen. Nach 20 Uhr verlegte sich das Haus auf heute vormittag 10 Uhr.

Berlin und Moskau.

Ergebnis der deutsch-russischen Schlichtungsergebnisse.

Berlin, 17. Juli.

Die deutsch-russische Schlichtungskommission hat den Bericht über die Ergebnisse der diesjährigen ordentlichen Tagung fertiggestellt und den beiden Regierungen zur Befestigung vorgelegt.

Im Vorbericht fanden die Fragen des Niederlassungsabkommens, Deutscher Handel es sich in erster Linie darum, die Rechtsstellung der in der Sowjetunion anwesenden Deutschen, u. a. auch im Zusammenhang mit der in letzter Zeit planmäßig durchgeführten Kollektivierungspolitik zu klären und nach Möglichkeit zu klären.

Die Fragen fanden auf Grund der Erfahrungen der Sowjetmitglieder der Schlichtungskommission eine praktisch befriedigende Regelung ebenso wie auch die Wünsche, die die Sowjetregierung hinsichtlich der Niederlassungsfrage vorbrachte, durch entsprechende deutsche Erklärungen erledigt werden konnten. Die verschiedenen Fragen des Wirtschafts- und Geschäftsverkehrs gelangte die Kommission zu praktischen Empfehlungen, die das Ziel haben, gewisse hemmnisse im gegenseitigen Wirtschaftsverkehr zu beseitigen.

England und Panamerika.

Die deutsche Antwort erregte Aufsehen in England.

London, 18. Juli.

Die britische Antwort auf Brindons Denkschrift ist vom Kabinett gebilligt worden, sie enthält keine bestimmten Zusagen. Britische Kreise sind unerschöpflich heftig und haben kein Interesse für den Plan, soweit sie ihn nicht geradezu mit Mißtrauen betrachten. Sie haben daher auch den ungewöhnlich akademischen Antworten aller Länder wenig Beachtung geschenkt.

Die deutsche Antwort allerdings hat aus zwei Gründen beträchtliche Aufmerksamkeit erregt, erstens ist sie an den Stellen, wo gefährliche Punkte berührt werden, mit außerordentlichem Takt abgefaßt, und zweitens weil sie auf die Notwendigkeit hin, mit Großbritannien und den Dominions ein einmütigen herauszufinden durch die Befestigung des besonderen Verständnisses zwischen dem Mutterland und seinen anderen Völkern. Die betreffenden Bemerkungen werden naturgemäß in London sehr gewürdigt.

Stimmliche Sitzung im englischen Unterhaus

London, 18. Juli.

Im Unterhaus kam es gestern zu förmlichen Auftritten, als der Abgeordnete Brodman zu dem ersten Flügel der Arbeiterpartei angefordert, dagegen protestierte, daß MacDonald eine ausführlichere Debatte über die Lage in Indien ablehne. Er wies mehrmals auf den Ernst der Lage in Indien hin und erklärte, mehr als 5000 Männer und Frauen seien im Gefängnis und die letzte Hoffnung auf eine Regelung scheint geschwunden zu sein. MacDonald antwortete sehr bestimmt, die letzte Verurteilung Brodmans entbehre jeder Grundlage. Als Brodman sich darauf trotz der Aufforderung des Sprechers nicht legen, wurde er von der Sitzung ausgeschlossen. Sämtliche Parteien stimmten für den Einstufung mit Ausnahme der Arbeiterpartei. Als das Ergebnis der Abstimmung bekanntgegeben wurde, rief der ebenfalls dem linken Flügel der Arbeiterpartei angehörende Abgeordnete Brodman aus, daß es eine Schande sei, darauf einzugehen, daß es auf dem Flügel der Arbeiterpartei es auf allen Seiten kommende Entwürfsstufen an, das Sieptel aus dem Saale zu tragen. Es wurde ihm von anderen Abgeordneten abgenommen. MacDonald beantragte nun auch die Ausschließung Brodmans, gegen die nur vier Abgeordnete stimmten. Brodman und Bedell verließen darauf das Unterhaus.

Aus dem In- und Auslande.

Weiteres Ansteigen der Wohlstandsverhältnisse.

Berlin, 18. Juli. Nach der Statistik des Reichsstatistikbundes sind in rund 1200 kleinen und mittleren Städten am 30. Juni rund 70 000 Wohlstandsverhältnisse ermittelt worden gegenüber 68 000 am 31. März. Im Juni ist somit eine Steigerung von 12% n. B. eingetreten. Seit dem 30. September 1929 hat sich

die Zahl der laufend unterliegenden Wohlstandsverhältnisse in den kleinen und mittleren Städten mehr als verdreifacht.

Der deutsch-österreichische Handelsvertrag.

Wien, 18. Juli. In der letzten Nationalratssession wurden die Bemühungen, den deutsch-österreichischen Handelsvertrag im Parlament zur Erledigung zu bringen, wieder aufgenommen. Großdeutsche und Landbund waren für Erledigung des Gegenstandes, Christlichsozialisten dagegen. Da sich die Christlichsozialisten auf den Standpunkt stellten, das der Vertrag im Ausmaß noch nicht behandelt wurde, mußte die Angelegenheit für den Herbst zurückgestellt werden.

Deutschlands pünktliche Zahlung.

Wien, 18. Juli. Die am 15. Juli fällige Monatsrate der deutsch-österreichischen Zahlungsabteilung ist der Internationalen Zahlungsabteilung pünktlich überwiesen worden. Sie betraug sich auf 142,25 Millionen Schilling. Der noch unentrichtete Teil aus der Zahlungsabteilung der Ende Juni 438,2 Millionen Schilling betragen hat, ist nun größtenteils unter die Reparationsgläubiger aufgeteilt worden unter Berücksichtigung der am Sonntag des 10. Juli sich ergebenden Zins- und Kursgewinne.

Neuer Anschlag gegen das Deutstum in Böhmen.

Prag, 18. Juli. Das Bohemianeramt hat eine Weisung an die Polizeidirektionen und Polizeikommissariate erteilt, durch die der Gebrauch der amtlichen Ortsbezeichnungen auf Eintragsblätter, Geld- und Pensionsbelegen verpflichtend eingeführt wird. In der Weisung wird erklärt, daß das Bohemianeramt schon von einigen Jahren eine Zusammenfassung der amtlichen Ortsbezeichnungen herausgegeben hat, die namentlich ausschließlich für Eintragsblätter, Geld- und Pensionsbelegen verwendet werden sollen. Briefe und Sendungen mit deutschen Ortsnamen werden von der Post nicht befördert.

Herriot will Tardieu antworten.

Paris, 18. Juli. Der Präsident der radikalsozialistischen Partei und ehemalige Ministerpräsident Herriot wird am kommenden Sonntag in Paris eine große Rede über das Verlangen seiner Partei halten. Herriot wird die Gelegenheit benützen, auf die letzte Rede des Ministerpräsidenten zu antworten. Die Herren der französischen Kammer werden überhaupt damit ausgefüllt, nach programmatische Reden der einzelnen Parteiführer neue Anhänger für die kommenden Wahlen zu werben.

Eine Anzeige gegen den Belgischer Polizeichef.

Brüssel, 18. Juli. Die Verleumdung im Richteramt, die bekanntlich nach der Urteilserklärung verurteilt und vom Belgischer Polizeichef zu 30 Tagen Arrest verurteilt worden waren, haben gegen den Belgischer Anzeige erteilt. Sie weisen darauf hin, daß ihre Verurteilung auf Grund eines ungenügenden Beweises erfolgt ist. 11 Belgischer Richter des Major und Prot in einer kleinen Zelle zusammengepackt, gemeldet, so daß mehrere körperliche Schaden erlitten hätten.

Kleine politische Meldungen.

Aufhebungs- und Mißtrauensantrag der Kommunisten. Im Reichstags haben sich die Kommunisten einen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung sowie einen Mißtrauensantrag gegen den Reichsanwalt eingebracht.

Der Bericht über die Reorganisation des Reichsministeriums. Das Reichsministerium hat den Bericht des Reichsministeriums über die Reorganisation des Reichsministeriums herausgegeben.

Das Kreuz der Ehrenlegion für Antwerpen. Der französische Kolonialminister hat der Stadt Antwerpen das Kreuz der Ehrenlegion überreicht.

Seine Anstellung. Seine Anstellung hat der Grafen Hofor auf die Zulassung von weiblichen Delegierten in den Oberhaus mit 53 gegen 49 Stimmen abgelehnt.

Der Reichstag aufgelöst.

Die noch bis zuletzt gehagte Hoffnung, daß eine Reichstagsauflösung vermieden werden könne, hat sich nicht erfüllt. Wie schon bekannt wird, ist Freitag mittig die Auflösung erfolgt.

Aus der Umgegend

Hebra, 19. Juli.

— Endlich Regen! Lange, wohl wochenlang schon warteten wir auf Regen, aber eine laute Stille des Sommers blieb aus. Mit dem Regen war mehr als hier Zeit die Stunde, daß dieser aber jene Nachbarn mit Regen bedacht werden ist, der den fürchten die nötige Erfrischung verweigert, unsere Wälder aber mußten weiter verrotten. Und nun kam der Regen vorgesetzt, es regnete auch während der Nacht und am gestrigen Tage rieselte es ebenfalls noch hernieder. Die untrügliche Hitze ist durch den Regen zurückgegangen, Wärme und Strahlung stehen verjüngt wie im Frühling da und auch alle lebenden Kreaturen empfinden die Erfrischung wie eine Erlösung aus dem Fegfeuer. Daß der Regen die begonnenen Entwürfen etwas behindert, wird den Freunden voraus sein, selbst wenn es eine ganze Woche lang regnen sollte.

— Stabilitätspolitik. Wer da glaubt, nur in Deutschland sind große Teile der Großhaushaltsbudgetierung auf einem Niveau angelangt, daß man sie nicht mehr mit unter die stabilste Budgetierung rechnen kann, der irrte sich. In allen Ländern, selbst in dem reichen Frankreich und noch vorgewiesener in Paris, gibt es Stabilitätspolitik, in deren Gefolge Stabilität und Anarchie geradezu synonym sind. Für Unzufriedene ist das Betreten solcher Stabilitätspolitik ein Verbrechen zu werden. Der Hauptmann am kommenden Sonntag in den Stabilitätspolitik wird einen Einblick in die bunten Zelle der Weltstadt Paris gewähren.

— Viele Bauarbeiten werden, so gibt das Ministerium des Innern bekannt, von den Bauern ohne Hinzuziehung des sachlich befähigten Bauhandwerks ausgeführt. Ob bei solchen Bauarbeiten in jedem Einzelfalle die Bestimmungen des allgemeinen Baugesetzes und der Ortsbestimmungen eingehalten und die allgemeinen gültigen Vorschriften über die Anmelde der Beschäftigten zur Kranenfolge, zur Gewerkschaftsversicherung und Unfallversicherung befolgt werden, ist nicht sicher. Bei Unterlassung der Anmelde hatten die Bauern persönlich für die Folgen eines Unfalles und legen sich der Gefahr aus, einen bei solchen Arbeiten Verletzten schuldig zu halten und sich gegebenenfalls eine lebenslange Rente zahlen zu müssen. Auch die Vergütung von Bauarbeiten an Erdarbeiter ist genau zu prüfen, ob diese die Gewerbeordnungsmäßig angemessen ist, und ebenfalls für die Bauern die gleichen Befragen bestehen können. Auf die Möglichkeit der Juris-

telung von Bauleitern und Bauausführenden, die einen Bau nicht ebensomäßig ausführen, durch die Baupolizeibehörde wird ausdrücklich nochmals hingewiesen.

— Strafmilderung. Wegen gefährlicher Körperverletzung war der Schloffer Berger von Hofleben am 24. April 16. 36. durch Urteil des Schöffengerichts Naumburg zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Auf seine Berufung gegen dieses Urteil hat die Strafkammer in Naumburg die Strafe auf 3 Monate Gefängnis herabgesetzt. Berger hatte befallentlich nach einem Zusammenstoß den Antreiber Bitt durch Verletzung verletzt, die dessen Transport ins Krankenhaus nur wenig modifiziert.

— Mitteldeutsche Heimstätte. Die Wohnungsfrage-Gesellschaft für die Provinz Sachsen u. h. g. in Magdeburg hat den Geschäftsbereich für das Jahr 1929/1930 einen Tätigkeitsbericht für die 10 Jahre 1920—1930 herausgegeben. Interessenten können beliebig diese in unserer Geschäftsstelle einsehen.

Zepfeln über Mitteldeutsche Heimstätte.

Ganz unerwartet besuchte am Mittwochvormittag das Luftschiff Graf Zepfeln, das morgens zu seiner zweiten Nordlandfahrt in Friedrichshafen aufgegeben war, Mitteldeutsche Heimstätte mit seinem Besatz. In der ersten Stunde überließ es die Masten in der Nähe des Schiffs und steuerte auf Querfurt zu. Das Luftschiff diesmal gänzlich unangenehm und unvorhofft kam, war überall die Freude groß, die Strafen bekamen sich in wenigen Augenblicken, habende Mutos ließen sofort an, selbst der gefährliche Mensch liegt die Arbeit sehen und hatte ein Himmel, schaute dem ruhigen Fluge des Luftschiffes nach. Von Querfurt nahm der Zepfeln Kurs auf Götzen, 12.05 landete er schon über Wallenfließ, von dort ging die Fahrt über Wartenburg, Broden und um 12.30 wurde Wernigerode passiert. Unter den Passagieren des Luftschiffes soll sich diesmal auch der durch seine verunglückte Nordfahrt bekanntgewordene italienische General Nobilio befinden haben.

— Vortendorf. In der Schloffer'schen Bleicherei und Galvanisiererei, die Herr Schloffer im vergangenen Sommer wieder einmal in Vortendorf für Handweb betrieben. Sie sind über die Post gestiftet und noch so in den Laden eingekauft. Da sie im Laden zum Verkauf der Beute auch gleich einen Kaufpreis vorhaben, was die Sache schnell und bequem gegangen sein. Besucht werden von Herrn Schloffer einige Wäpfele und drei Schinken, vor fünf Jahren hatten Schinken an derselben Stelle den ganzen Laden ausgefüllt.

— Querfurt. Nach einer Zeitpause mehrerer Jahre ist durch die diesjährige Witterung wieder einmal mehr als sonst den kleinen der Tisch gekehrt worden, so daß die Innen mit anständigen Holzungen ihre Erde hersehen konnten.

— Tausch. Das Auto des hier zu Besuch weilenden Ingenieur Enger aus Wehrig geriet am Dienstag auf dem Engelstberg in Brand und wurde vollständig zerstört. Beim Anlassen des Motors schloß plötzlich eine starke Schichtkammer hervor, die den Brand verurteilte. S. konnte sich nur durch schnelles Abpringen retten.

— Sommer. Ein hiesiger Viehhändler magde die traurige Feststellung, daß ihm im Zuge einer Veranlassung seine Briefpost mit über 1000 Mark Inhalt vom Postamt abhandeln gekommen war. Was jetzt hat man vom ehemaligen Finder oder vom Dieb noch keine Spur gefunden.

— Gondershausen. Das Schützenfest in Oberpörl fand einen tragischen Abschluß. Der Hauptmann des Schützenvereins, der Landwirt Albert Steinhardt, hatte die Königsmütze erwischt. Bei ihm wurden die Gewehre unterstellt. In der Abwesenheit der Eltern wurden die die Röhre Zielstands an den Gewehren angeschlossen. Als der 14jährige Sohn mit einer Waffe hantierte, ging plötzlich ein Schuß los, der den 14jährigen Bruder traf und ihn auf der Stelle tötete.

— Hebra. Hier stand die Witwe Gerhart nach nur unvollständiger Krankenlager im Alter von 93 Jahren. Sie war die älteste Einwohnerin des Städtchens.

— Merseburg. Wie die bisherigen Untersuchungen ergeben, scheint das schwere Fingergeschick bei Schlopp auf ein Verschulden des Piloten zurückzuführen zu sein. Der Führer hatte in 40 Meter Höhe den Motor abgestellt, wie es heißt, um seinem Begleiter etwas zuzurufen. Da die Maschine noch nicht die nötige Geschwindigkeit hatte, hatte sie ab und stürzte zur Erde herab.

Einkung bei Mansfeld

Magdeburg. Aus Berlin wird gemeldet: Die Verhandlungen um die Wiederaufnahme des Betriebes bei der Mansfeld 2-6, sind am Donnerstag wieder um einen neuen Schritt vorwärts gekommen, als während der Verhandlung und den Gewerkschaften eine Einigung zu zustande gekommen ist. Es wurde ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen, der eine Lohnföhrung von 9,5 Prozent vorsieht, während die Verwaltung von Mansfeld eine solche von 15 Prozent gefordert hatte.

— Hebra. In der Verhandlung um die Wiederaufnahme des Betriebes selbst, die davon abhängig sind, ob und in welchem Umfang das Reich an den Kupferbergbau in Mansfeld laufende Subventionen zahlen will, deren Höhe je nach den Schwankungen des Kupferpreises veränderlich sein soll. Auf der Basis der gegenwärtigen Preise würde diese Unterstützung monatlich etwa eine halbe Million RM ausmachen, jährlich also sechs Millionen. Eine Entscheidung soll sobald als möglich fallen; die Zuschüsse werden dann vom Tage der Betriebsaufnahme bis vorläufig zum 31. Dezember 35. Je geschäft.

— Mit den Angelegten von Mansfeld werden ebenfalls Verhandlungen über einen Abzug der Gehälter geführt, bei denen man in den nächsten Tagen eine Einigung erwartet.

— Hebra. Hier fand eine Konferenz sämtlicher Mitglieder der Streikleitung sowie der Vertrauensleute statt, in der zu dem Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgebern und dem Reichsarbeitsministerium Stellung genommen wurde. Nach längerer Aussprache, in der betont wurde, daß man mit dem materiellen Ergebnis nicht voll zufrieden sei, wurde mit Rücksicht auf die durch den weiteren Preisrückgang auf dem Kupfermarkt geschaffene Situation dem Reichsarbeitsministerium ein Antrag gemacht, die Wiederaufnahme der Arbeit nicht als davon abhängig anzusehen, ob die vom Reich geforderten Subventionen bereitgestellt werden. Im Falle der Wiederaufnahme des Betriebes würden etwa zwei Tage für die Vorbereitungsarbeiten notwendig sein.

— Leipzig. In Verfolgung der jahrelangen Spuren, denen seit dem Wassereinstich im Februar zum Zwecke der Aufhebung der fehlenden Waffen nachgegangen wurde, sind in Kötzsch-Gröbenberg zwei Anhänger der kommunistischen Partei gefangen worden, und zwar die beiden Brüder Ulrich, von denen der eine in Grundhaft Leipziger Straße 61



Bundesrat Landwirtschafstomminister
Seine zurückgetreten.
Die Niederlage der bayerischen Regierung im Landtag hat zum Austritt des Bundesrates aus der Koalition geführt. Landwirtschafstomminister Dr. Reich wurde aus dem Kabinett zurückgegeben.

Studentenprotest gegen die Deutschenverfolgung in Südbanien

Dresden. In einer von der Studentenschaft der Technischen Hochschule geführten Erklärung wird gegen die den deutschen Volksgenossen in Südbanien zuteil gewordene Behandlung scharfer Protest erhoben. Die Misshandlungen, denen die deutsche Dichterin Hedra Reiter als Wortkämpferin zur Erhaltung des Deutschums in Südbanien ausgesetzt war, werden mit aufrührender Schärfe gerühmt und die strenge Befragung der Schuldigen gefordert. Die Entschädigung verlangt völlige Wiedergutmachung und Genugtuung. Es wird erwartet, daß den Deutschen in Südbanien alle in den Friedensverträgen festlich garantierten Rechte der kulturellen Selbstverwaltung in vollem Umfange eingeräumt werden.

Die Insubandendlichen Sänger in Dresden

Dresden. Auf der Heimfahrt trat der Brünner Schubertbund, dem sich der Münchner Sängerbund sowie Vertreter von 32 Insubandendlichen Gesangsvereinen angeschlossen hatten, in Dresden ein. Die Gäste wurde auf dem Bahnhof von Vertretern der Dresdener Sängerbünde begrüßt. Anschließend fand im Neuen Rathaus ein Empfang statt. Die Reiseschiffahrt — etwa 400 Personen — die seit einer 14 Tagen auf einer Konzertreise durch Deutschland begriffen war, ist jetzt wieder in die Heimat gefahren.

Die Durchsuhung von Arbeiterinnen beim Verlassen der Arbeitsstätte zulässig

Der Schlichtungsausschuh in Halle hat auf die Klage des Arbeiterrates des Deunawerkes, betreffend die Kontrolle der Arbeiter beim Verlassen des Werkes, folgenden Schlichtungspruch gefällt: Jeder Arbeiter ist ferner verpflichtet, sich gegebenenfalls durch eine Mannahme von Gegenständen unterzuziehen zu lassen. Dieser Schlichtungspruch ist nach den Bestimmungen des Betriebsvertrages für die Beteiligten bindend, ohne daß Erklärungen abzugeben sind.

Schlichtungspruch für die mitteldeutsche Lederindustrie

Der Schlichtungsausschuh Halle fällt in dem Lohnstreit in der mitteldeutschen Lederindustrie folgende Entscheidung: Der abgelaufene Tarifvertrag wird erneuert. Er kann mit monatlicher Frist erneuert werden. 31. März nächsten Jahres geltend gemacht werden. Die Epithelionbe tragen für über 22 Jahre alte Fabrikarbeiter in Magdeburg 99 Pfennig, in Halle 94 Pfennig, in Delitzsch 91 Pfennig, in Zeitz 87 Pfennig, in Wernburg und Altdorf 84 Pfennig pro Stunde. Die Arbeitsverdienstgarantie beträgt 125 Prozent.



Zugunnenhof in Italien

Mailand, 18. Juli.

Ein folgenreicher Eisenbahnunfall ereignete sich gestern früh auf der Strecke Medegna. Ein Güterzug fuhr auf einen vor einem Gleisübergang fallenden Fernzug auf. Es wurden 30 Personen verletzt.

Das Blumenbrett.

Viele Leute haben keine eigene Scholle und keinen Garten, denn nicht alle können so Grundbesitzer sein. Die meisten aber haben, sofern sie eine eigene Wohnung besitzen, sicherlich einen Balkon, und diesem Balkon widmen sie während der Sommermonate ihre ganze Liebe und ihr ganzes Interesse. Wieviel tausend Familien aber verfügen nicht einmal über solch einen Balkon. Von der warmen Küche laufen sie in die dunkle Stube, und nach über einen dunklen Korridor, und damit ist die ganze landschaftliche Vielfalt ihres Heims erschöpft. Aber Menschengeist war immer findig, und er wußte sich auch hier zu helfen. Das Blumenbrett ward gezimmert, vor dem Fenster angebracht und treulich gehegt und gepflegt. Ein Miniaturgarten entstand da in wenigen Wochen vor dem Fenster, besonders prächtiger denn die Leute züchteten ganze Tomatenkulturen. Schrittläufig auf dem Blumenbrett ist seine Seitenfläche, und welcher treuliebende Familienvater mag sich nicht schon bedauert haben, daß er auf seinem Blumenbrett keine Kürbis- auslaß vornehmen kann. Aber die Sache mit dem Blumenbrett hat auch eine sehr schöne Seite. Die düstere graue Wand, die du täglich durch dein Fenster siehst, sie wird freundlicher, lieblicher und anheimelnder durch das Blumenbrett. Ein paar gelbe Krefen, ein paar Weibchen oder ein paar blühende Weiden lassen auch das ganze Heim nach innen freundlicher erscheinen. Die Hausfrau oder der Herr haus- haltungsorientiert, er hat da auf diesem Blumenbrett auch ein Stück eigene Scholle, das er betreten kann, und seien es auch nur Quadratmeter. Die fleische, abgeharnte Frau, die während des langen Nachmittags hinter ihrem Fenster sitzt und Strümpfe stopft, sie wird für jede Blume dankbar sein, die aus diesem Blumenkasten herauswächst. Vielleicht wird also das Blumenbrett die Folge sein wenig lebens- froher machen, sie wird durch diese Restprobe der Natur mit ihrer ganzen Seele etwas überweltlicher getrimmt sein. Das Blumenbrett ist also durchaus nicht eine so nichtsagende oder verpönte Angelegenheit, sondern es ist ein Ding von etlichem und freudbringendem Wert. Freilich, es gibt auch Väter, um solch ein Blumenbrett. Wenn Hauswirte dulden wollen, daß die Blumenbretter angebracht werden, weil angeblich die Hausfrauen dadurch verunziert würden. Andererseits machen die in den unteren Etagen wohnenden Mieter jedesmal einen Mordspieß, wenn Vater des Abends das Blumenbrett absetzt und einige Tropfen Wasser herunterlaufen. Für uns andere Menschen vermittelte sich mit dem Blumenbrett noch gewisse Erinnerungen und Traditionen. Als wir noch Schüler waren, da verlangten die Naturundelehrer von uns, daß wir uns jeder ein Blumenbrett oder einen Blumenkasten hielten und in diesem mußte ein jenseitige die Kulturen geübt werden, die während der

Naturundelehrer zu Penium Handen. Das ist heute anders geworden. Heute gibt es Bestimmungen, wonach die Schüler überhaupt Unterricht auf eine Landpartie haben, heute gibt es in jeder größeren Stadt einen entzückenden botanischen Garten oder die modernen Schulen verfügen selbst über Gärten, in denen genügend gepflanzt und experimentiert werden kann. Das Blumenbrett ist also heute wohl nur noch vornehmend eine Sache derjenigen Leute, denen es nicht ver- gönnt ist, aus körperlichen oder finanziellen Rücksichten in Gottes schöne, freie Natur hinauszufahren. —

Miguel de Unamuno: Die Höhle des Schwiegens. Vier Erzählungen. Mit einem Nachwort von Otto Vuel. Reclams Universal-Bibliothek Nr. 7060. Gebietet 40 Pf., gebunden 80 Pf.

In vielen Tagen feierte, von dem Jubel seiner Volksgenossen begrüßt, Spaniens größter Erzähler und Philosoph, Miguel de Unamuno, nach jahrelanger politischer Verbannung in die Heimat zurück. Einer von den ganz Großen im Reiche des Geistes, hat er auch die Gabe der formvollendeten Erzählungskunst, die ihm in ganz Europa einen großen Ruf erwirbt und bewundernswürdig gemacht. Der vorliegende Romanband vereinigt die verschiedensten Seiten seines Schaffens und gibt ein gefälliges Bild seiner reichsten Persönlichkeit. Zwei von den Novellen erscheinen hier erstmals in deutscher Sprache.

Jack London: Die Goldschlucht. Zwei erotische Erzählungen. Einzig heretische Lieberlegung von Grant Tinker. Reclams Universal-Bibliothek Nr. 7070. Gebietet 40 Pf., gebunden 80 Pf.

Jack London, der „letzte große Abenteuer“, ist nun auch mit zwei seiner besten Novellen in der Universal-Bibliothek vertreten. Die zeigen den ganzen Reichtum und die Spannweite seiner quellen Natur, die den ganzen Erdball gefahrerfüllt umfließt und in wunderbarer Kraft und Jovialität, Kraftvollheit und Sensibilität weilt. Der Kampf der Goldgräber im einsamen Pfade der Sierra Nevada, der duldlige Abenteuer „Auf der Malakoffmaße“ in seiner märchenhaften romantischen Umwelt: das hat Lust und Aime, ist klassische Weltliteratur — echter Jack London!

Dr. Ilse Reiche: Die Frauenbewegung. Ein geschichtlicher Ueberblick. Reclams Universal-Bibliothek Nr. 6975. Gebietet 40 Pf., gebunden 80 Pf.

Geist und Temperamentvoll geschrieben, gibt dies Buch zum ersten Male einen klaren und bedeutenden Überblick über das Frauenproblem, und zwar von kulturgeschichtlicher Seite gesehen, ist doch auch die klassifizierte Darstellung in den Geschichtsbüchern einbezogen. Bei aller Sorgfalt des Inhaltes und aller Fülle der Einzelheiten, die der wichtigen Ereignisse des Auslandes, ist dieser Blick einer vorzüglichen Kenntnis der Frauenwelt verschiedener Länder unterhaltend und lesend von der ersten bis zur letzten Seite ein Namenverzeichnis ein Sachregister und eine sehr originelle Zeittafel geben ihm größte praktische Brauchbarkeit und machen ihn zu einem ausgezeichneten Orientierungshilfen in gerade auch für Schulen, für den Volkstheater und jeden in der Geschichtsliteratur wirkenden Menschen.

Dr. Alfred Brauchle: Hypnose und Autosuggestion. Reclams Universal-Bibliothek Nr. 7028. Gebietet 40 Pf., gebunden 80 Pf.

Das ausgezeichnete neue Werk zeigt die historische Entwicklung der Suggestionenmethoden und führt wissenschaftlich einwandfrei in leicht- verständlicher Form besonders darüber auf, was mit Autosuggestion zu erreichen ist. Der Verfasser, der das Preisrichteramt in Berlin-Charlottenburg innehat, hat in langjähriger Praxis Suggestionen- behandlungen durchgeführt. Er selbst hatte sich vorher durch die Methode der Selbstbeeinflussung nach Coué von einem 15jährigen schweren Leiden befreit. Von seinen theoretischen und praktischen Erfahrungen heraus hat er das vorliegende Büchlein über „Hypnose und Autosuggestion“ geschrieben. Er gibt zuerst einen geschichtlichen Überblick, bringt dann die persönlichen Einblicke bei Coué in Nancy und schildert darauf den eigenen Fall und treibt fähig der fuggeligen Suggestion. Die Grundregeln der Suggestionen und die Ableitung der Selbstbeeinflussung aus den hypnotischen Grundregeln sind in besonderen Kapiteln dargestellt. Der Einfluß festlichen Gehirns auf körperliche Krankheiten ist über den Begriff des organischen Unbewußten verständlich gemacht. Das ganze Werk eignet in einer klaren Sprache, zur Selbstbehandlung im Falle festlicher und körperlicher Erkrankungen und zu einer begehenden, fröhlichen Lebensauffassung.

Statt Karten
Ihre Verlobung beehren sich anzuzeigen
Margarete Scheiding
Martin Oelschig
Diplomvolkswirt
Dresden Halle
z. Zt. NEBRA, Juli 1930

Haarausfall
beseitigt sofort und endgültig
Papillantin
ein ernsthaftes wissenschaftlich ausprob. Mittel
Volkur MR 5.50
zu haben in der
Adler- Drogerie **Walter Gutschmied, Nebra**

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof
Sonntag, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr:
Pariser Unterwelt
feiner
„Die Entführung“.
Es laßt fremdbüchlich ein Borgwardt.

Ohne Reklame kein Geschäft!

Turnverein Nebra B
Sonabend, den 19. Juli
abends 8 1/2 Uhr
Versammlung
in „Katscheller“.
Wichtige Tagesordnung.
CHRONIK
VON NEBRA
Heft 2
zum Preise von RM. 1.80
vorwärts. Heft 3 und Folge
sicher nach Erscheinen lieferbar
Buchhdlg. W. Scharf.

Drucksachen
alter Art
in geschmackvoller, sauberer
Herstellung liefert billigt die
Buchdruckerei W. Sauer
Roßleben

Kakaotrunk
ist jetzt auch mit Steuern belegt und haben wir deshalb den Preis dafür erhöhen müssen:
Eine 1/2-Liter-Flasche = 13 Pfg.,
eine 1/3-Liter-Flasche = 25 Pfg.
Dampfmolkerei Roßleben
Lüttich & Co.

Heute:
Frische englische Fettbücklinge
Wwe. Meitz.

Rheinland-Hef
der „WOCHE“
Dem freien Rheinland
gewidmet. Ein Dokument, das
jeder Deutsche besitzen muß!
Aus dem Inhalt:
Auf freiem Rhein Von Rudolf Herzog
Weizhake Aufforderung
zu Rheinreisen Von Herbert Eulenberg
Geist der Rheinlande Von Wilh. Schöfer
Rheinisches Schwickel 1914-1930
Von M. d. R. Walloff
Rheinische Schmuren
Von Heinz Stegmann
Weitere Beiträge von: Otto Bries, Dr. Dim,
Walter Finckh, Eduard Reinacker, Rost
Schickel, Wilh. Schwilken, L. Sternberg,
Carl Zuckmayer
Sichern Sie sich und Ihrer
Familie dieses herrliche
Rheinland-Hef der Woche
Preis nur 50 Pfennig
Bei allen Buch- und Zeitungshändlern

Spare mindestföiger **Stadt-Sparkasse Nebra**
bei der

Neutraer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeidirektion und des Amtsgerichts der Stadt Neutra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit dem illustrierten Wochenbeilage: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Neutra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Hauptredaktion: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmen 20 Pf.
Anzeigenannahme an Budtagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Neutra — Bankverein Atern.

Nr 85

Sonnabend, den 19. Juli 1930

43. Jahrgang

Dedungsvorlagen gescheitert

Das Haus fällt zunächst die Entscheidung über den Einpruch des Reichstags gegen das vom Reichstag beschlossene Anleihegesetz. Für die Zurückweisung des Einpruchs werden 296 Stimmen abgegeben.
Der Präsident stellt dann fest, daß die notwendige Zweidrittelmehrheit für die Zurückweisung des Einpruchs 301 Stimmen sein würde. Dem Einpruch des Reichstags ist also stattgegeben.

Der Präsident stellt dann fest, daß die notwendige Zweidrittelmehrheit für die Zurückweisung des Einpruchs 301 Stimmen sein würde. Dem Einpruch des Reichstags ist also stattgegeben.

Das Anleihegesetz für 1930 wird in zweiter und dritter Beratung angenommen, dazu Einküpfelungen, wonach für den Straßenbau ein erstes deutsches Baumaterial verwendet werden soll.

Abgeordneter Zorger (Komm.) erklärt, mit ihrer heutigen Abstimmung hätten die Sozialdemokraten befürwortet, daß sie grundsätzlich für die Deckung des Defizits durch Reichsschuld und Ledigensteuer eintreten. Der Rechner fordert eine Millionärsteuer und eine Hypothekensondersteuer für alle Vermögen über 500 000 Mark.

Abg. Dr. Dreiföld (Soz.) Gang unannehmbar ist für uns die Bürgersteuer, die man besser Kopf- oder Regenersteuer nennen sollte. Bleibt sie im Gesetz, lehnen wir die ganze Vorlage ab, die für uns aber auch deshalb unannehmbar ist, weil sie eine Verfestigung der Sozialpolitik bringt. Wir sind uns der Folgen unserer Ablehnung bewußt. Die nach rechts für uns einnehmenden Beschlüsse zur Erweiterung der Arbeiterorganisation scheitern gescheitert zu sein. Wir haben umgehend unsere Zustimmung zurückgezogen, nicht um der Regierung willen oder unterlegenem, sondern um des Staates willen. Somit ist die Vorlage abgelehnt worden, und sie ist gescheitert. Unsere Ablehnung der Dedungsvorlagen steht damit fest. Der Reichstagspräsident bekräftigt die Anwendung des Artikels 48. Wir halten das für verfassungswidrig, denn dieser Artikel soll dem Staat und nicht einer Regierung helfen. Dem Antrag der Wirtschaftspartei auf Aufhebung des Reichstags werden wir nicht zustimmen, weil ja kein Zweifel ist, daß nach der Auflösung der Artikel 48 angewandt werden soll. Wir wollen den Reichstag präventiv haben, damit wir sofort die Aufhebung der Notverordnung beantragen können.

Abg. Eßer (Chr.) Die Verhandlungen sind durch zum Scheitern verurteilt gewesen, daß die Sozialdemokraten den dritten Satz ihres Schreibens in eine ultimative Form gefaßt haben, die eine Verständigung unmöglich machte.

Abg. Dr. Dreiföld (Soz.) erwidert, der dritte Satz habe lediglich die Ablehnung der Bürgersteuer ausgesprochen. Diese Steuer ist aber in der Regierungsanleihe gar nicht enthalten gewesen, und der Reichsfinanzminister habe die schwersten Bedenken dagegen geäußert. Wer erstlich die Verständigung wollte, hätte an der Ablehnung dieser Steuer die Verhandlungen nicht scheitern lassen.

Abg. Cinde (Komm.) wies den Sozialdemokraten eine erbärmliche Haltung vor. Die Massen würden darauf die richtige Antwort erteilen.

Damit schließt die Aussprache. Es folgt die namentliche Abstimmung über den Artikel 2 des Reichshilfegesetzes.

Der Artikel wird mit 256 Stimmen der Deutschnationalen, 50 Demokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und der beiden Mitglieder der Volksrechtspartei gegen 204 Stimmen abgelehnt.

Reichstagskanzler Dr. Brüning, von den Kommunisten mit förmlichen Rufes „Abtreten!“ und „Nieder mit der Hungerrregierung!“ begrüßt, gibt darauf namens der Reichsregierung die Erklärung ab, daß die Regierung auf die Fortführung der Behandlung der Vorlagen keinen Wert lege.

Das Haus nimmt darauf nur noch die Abstimmungen über den Antrag der Wirtschaftspartei auf Reichsausschließung und den kommunistischen Mißtrauensantrag vor.
Der Antrag der Wirtschaftspartei wird gegen die Stimmen der Antragsteller und der Nationalsozialisten abgelehnt.

Die Laitsche, daß auch die Kommunisten sich nicht dafür erheben, rufft bei der Mehrheit große Heiterkeit hervor. Bei der Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag entziehen sich die Sozialdemokraten der Stimme, während die Deutschnationalen mit den Regierungsparteien gegen den Antrag stimmen.

Der Mißtrauensantrag wird mit 244 gegen 59 Stimmen bei 151 Enthaltungen abgelehnt.

Präsident Lobe läßt dann eine halbfindige Rede in der Plenarsitzung eintreten.

bergelegt. Präsident Lobe verliest die inzwischen eingegangenen Anträge der Sozialdemokraten, die Notverordnungen aufzuheben und der Reichsregierung das Mißtrauen auszusprechen. Er merke bei der Feststellung der nächsten Tagesordnung auf die Anträge zurückkommen.
Das Haus legt dann die zweite

Beratung des Offhilfegesetzes

Nach längerer Aussprache, die keine neuen Momente in die Debatte brachte, wurden das Offhilfegesetz und das Gesetz über die Abhängigkeit im wesentlichen in der Ausschließung in zweiter Beratung angenommen. Beschlossen wurde u. a., daß in den Vollzeitschulung auch Befehle von Handwerk, Handel und Gewerbe aufgegeben werden sollen. Arbeiten auf Grund des Offhilfegesetzes sollen nur Firmen, die ihren Hauptsitz im Osten haben, übertragen werden.

Auch die zahlreichen Ausschüßentwässerungen wurden angenommen. U. a. ist darin enthalten, daß die Maßnahmen der Offhilfe auf die ganze Provinz Niederschlesien, auf die Provinz Ostpreußen und Ostbaltikum ausgedehnt werden bis an die Ober ausgeht werden sollen. Die weiteren Anträge einiger Parteien, die Offhilfe auch auf die nordschlesischen Teile der hiesigen Ostpreußen und der deutsch-schlesischen Grenze sowie auf ganz Pommern auszuweiten, wurden abgelehnt.

Der Gesetzentwurf wird nach Abstimmung des sozialdemokratischen Änderungsantrages mit unentschiedener Abweichung in der Ausschließung in zweiter und dritter Beratung sowie in der Schlußabstimmung mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt dann die zweite Beratung der kriegsbeschädigten-Tabelle.

Die wesentliche Änderung ist, daß künftig die Neuanmeldung von Renten, abgesehen von wenigen Ausnahmen, ausgeschlossen sein soll. Der Ausschuß gibt in einer Entscheidung der bestimmten Ermärkung Ausdruck, daß nach dem jetzt beschlossenen Änderungen ein Abbau der kriegsbeschädigten-Versicherung auch bei der für den Herbst angeordneten Finanzreform nicht mehr in Frage kommt.

In der Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag auf Weitergewährung der Elternbeihilfe mit 246 gegen 190 Stimmen abgelehnt.

Die Novelle wird in der Ausschließung unter Ablehnung aller Änderungsanträge in zweiter Beratung angenommen, ebenfalls die Ausschüßentwässerungen.

Das Haus verlegt sich auf 7 Uhr: Handelsverträge.

Die Notverordnung.

Artikel 48 regiert!

Nachdem der Reichstag den Artikel 2 der Dedungsvorlagen abgelehnt und Reichstagskanzler Brüning anschließend auf die weitere parlamentarische Behandlung der gesamten Vorlagen verzichtet hatte, hat das Reichskabinett einseitig beschließen, die Dedungsvorlagen im Wege der Notverordnung auf Grund des Artikels 48 in Kraft zu setzen. Auf Grund des Notverordnungsrechts wurden die Reichshilfe, die Zuschläge zur Einkommensteuer, die Ledigenzuschläge, die Bürgerabgabe und im Wege einer besonderen Verordnung die Schanzverzeßsteuer in Kraft gesetzt.

Erklärung der Reichsregierung.

Amlich wird mitgeteilt:
Der Reichstag hat am 15. Juli den Artikel 1 der Regierungsanleihe zur Deckung des Haushalts angenommen und damit festgelegt, daß zum Ausgleich der Aufwendungen im ordentlichen Haushaltsjahr, die sich infolge der schlechten Wirtschaftslage ergeben, für die Zeit bis zum 31. März 1931 von den Einnahmen der Verwaltungen des öffentlichen Dienstes und der Leihgen ein Betrag und von den einkommensteuerpflichtigen Personen einmalige außerordentliche Zuschläge zur Einkommensteuer zu erheben sind. Bei der darauf erfolgten Abstimmung über Artikel 2 hat sich eine Mehrheit für die Eingangsabstimmung dieser Vorschriften nicht gefunden. Den für die Vorlage der Reichsregierung über die Reichshilfe der Verwaltungen des öffentlichen Dienstes abgegebenen 204 Stimmen der hinter der Regierung stehenden Parteien standen 256 Stimmen der Sozialdemokraten, Deutschnationalen, Kommunisten und Nationalsozialisten entgegen. Die Einzelheiten der Durchführung der Reichshilfe haben während der parlamentarischen Arbeit nicht erreicht. Die Regierung hat darauf auf die Weiterberatung der zur Deckung des Haushalts bedingten Geleße verzichtet. Ein gegen sie eingebrachter Mißtrauensantrag ist mit einer Mehrheit von 240 gegen 59 Stimmen abgelehnt worden.

Die Deckung des Haushalts ist ein unbedingtes Erfordernis für die Aufrechterhaltung geordneter Staatstätigkeiten und für die Kreditwürdigkeit des Reiches und der Wirtschaft. Sie ist auch unbedingte Voraussetzung für die weitere Durchführung der Fürsorge für die Arbeitslosen und eine unabweisbare Notwendigkeit in einer Zeit, in der die wirtschaftliche Lage der Welt in fast allen Ländern schwere Gefahren für die Staatsfinanzen bietet. Daher hat der Herr Reichspräsident die Voraussetzungen für die Anwendung

des Artikels 48 der Reichsverfassung für gegeben erachtet und auf Antrag der Reichsregierung die zur Deckung des Haushalts erforderlichen Maßnahmen getroffen. Damit ist ein fester Ausgangspunkt für die weitere wirtschaftliche Tätigkeit und für die Bekämpfung der dringend erforderlichen parlamentarischen Arbeiten, insbesondere für die Verabschiedung des Reichshaushalts und für die Durchführung des Offhilfegesetzes, geschaffen.

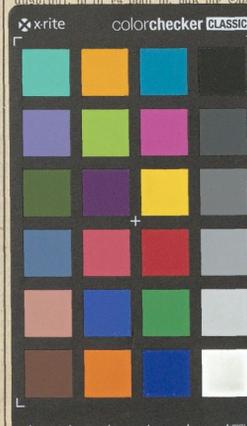
Der Herr Reichspräsident hat gemäß der Reichsverfassung von dem auf Grund des Artikels 48 getroffenen Maßnahmen dem Reichstag unverzüglich Kenntnis gegeben. Diese Maßnahmen bestehen in zwei Verordnungen, von denen die eine die Dedungsvorlagen der Reichsregierung nebst Bürgerabgabe und die zweite die Gemeindegrenzenveränderung enthält.

Die finanzielle Sanierung der Gemeinden ist ebenfalls eine unabsehbare Notwendigkeit, um die Auszahlung der Unterhaltungen für die wachsende Zahl der Wohlstandslosenempfänger sicherzustellen. Auch gerade aus diesem Grunde hat der Herr Reichspräsident die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung für geboten erachtet.

Nachdem nun die Notverordnungen erlassen sind, wird die Frage nach dem weiteren Schicksal dieser Verordnungen erörtert. Die Sozialdemokraten haben ihren Aufhebungsantrag eingebracht. Es ist aber nicht mehr anzunehmen, daß die Deutschnationalen für diesen Antrag stimmen. Wir erleben die merkwürdige Tatsache, daß die Deutschnationale Volkspartei tagelang über Nacht Regierungsparlei geworden ist. Bei der zweiten Beratung liegen die Dinge etwas anders. Hier hat man sich von der Regierungseite damit gegnert, daß die Sozialdemokraten erklären, daß sie aus grundsätzlichen Erwägungen auch die Aufhebung dieser Verordnung beantragen würden. Es ist anzunehmen, daß sich die Wirtschaftspartei hier der Opposition anschließen, und das Schicksal dieser Verordnung ist daher sehr ungewis. Was wird die Regierung dann tun, wenn diese zweite Verordnung aufgehoben wird? Wird sie aber auch dann den Reichstag auflösen? Gibt es aber keine Konsequenzen, so hat sie den Reichspräsidenten in eine Lage gebracht, die man als glücklich nicht bezeichnen darf, denn schließlich geht es ja auch nicht an, daß der Reichspräsident heute eine Verordnung erläßt, bei der innerhalb des Monats besteht, daß sie morgen wieder aufgehoben wird.

Ueber die gesamtpolitische Situation wird noch einiges zu sagen sein. Für heute darf uns jedenfalls feststellen werden, daß die Haltung der Oppositionsparteien nun noch keineswegs irgendeine glorreich ist. Den Deutschnationalen ist das Gesetz des Handels aufgegeben worden. Sie haben nicht mit den Kommunisten gegen die Regierung gestimmt. Sie werden den Aufhebungsantrag der Sozialdemokraten nicht zustimmen, ja, man glaubt mit einiger Sicherheit sagen zu können, daß sie auch den Mißtrauensantrag der Sozialdemokraten über Zustimmung verweigern werden. Sie sind die Vertreter des Kabinetts Brüning, mit dessen Ehe sie schon durch einen Brief Hugelbergs in Verhandlungen zu treten wünschen. Aber auch die Sozialdemokraten machen sich nicht bereit, als sie den unglücklichen Brief schreiben, der nach allem anderen, nur nicht nach Verständigung auslief. Man legt bei einer solchen Situation an die Spitze von Verhandlungen kein Ultimatum. Wenn man es nicht ausdrücklich in die Hand nimmt, daß die Sozialdemokraten durchgeben haben, die nicht mit demokratischen parlamentarischen Ermahnungen die Regierung in die Lage bringen, das Mißtrauen zu erheben, das Mißtrauen die Vorliegen kommt, dieses Artikels für

beantragt.
Berlin, 18. Juli.
hat sich folgendes
Reichstag verlangt
fassung, die Ver-
nisi 1930 über die
6. Juli 1930 über
euer außer Kraft



geben haben,
demokratischen
Ermahnungen
die Regierung
in die Lage
bringen, das
Mißtrauen zu
erheben, das
Mißtrauen die
Vorliegen
kommt, dieses
Artikels für

aktion ein Miß-
trauen eingebracht.
Abstimmung plant
Aufhebung der Not-
verordnung. Weiter einen Initia-
tivantrag der Partei einzubringen, der im wesentlichen die
gleichs. Gemeindegrenzenveränderung vorläufig. Dem sozialdemo-
kratischen Seite wird erklärt, daß lediglich aus grundsätz-
lichen und verfassungsrechtlichen Erwägungen die Aufhe-